

Donnerstag, 29. Juni 2023

# Ein Ja mit ganz vielen Aber

Die Grünen der Kantone Thurgau und St. Gallen präsentieren ihr Positionspapier zu Wil West. Darin finden sich klare Forderungen.

Olaf Kühne

Wil West. Das geplante Gewerbegebiet auf Münchwiler Boden im Westen der Stadt Wil ist seit Jahren als Thema omnipräsent. Ein breiter öffentlicher Diskurs ist bis anhin aber ausgeblieben. Entsprechend überrumpelt waren Politik und Medien denn auch, als die St. Galler Stimmbürger – die 124 000 Quadratmeter gehören dem Kanton St. Gallen – im vergangenen September eine 35 Millionen Franken teure Arealerschliessung ablehnte.

Ausgesprochen gegen den Sonderkredit hatten sich Grüne, SP und überraschenderweise auch die Basis der St. Galler SVP. Weil kurz darauf die Regierungen beider Kantone bekundeten, dass St. Gallen dem Thurgau das Land verkaufen will, ist die Geschichte nun endgültig zu einem interkantonalen Politikum geworden – indes weiterhin ohne breite öffentliche Diskussion.

Das wollen die Grünen ändern. Vertreter beider Kantonalparteien luden am Mittwoch zu einer Medienkonferenz ein. Im Sirnacher «Engel» präsentierten der Eschliker Nationalrat und Thurgauer Kantonalpräsident Kurt Egger, die Amriswiler Kantonsrätin und Fraktionspräsidentin Sandra Reinhart sowie die Wiler Stadtparlamentarier Sebastian Koller und Mike Sarbach (Letzterer sitzt auch im Kantonsrat) das gemeinsame Positionspapier der beiden Kantonalparteien zu Wil West.

Wobei man das Positionspapier durchaus auch als Forderungskatalog bezeichnen kann. Eines der Kernthemen dabei ist der drohende Kulturlandverlust, der bereits vergangenes Jahr den St. Galler Abstimmungskampf



Sebastian Koller, Kurt Egger, Mike Sarbach und Sandra Reinhart präsentieren im Sirnacher «Engel» das gemeinsame Positionspapier der Thurgauer und St. Galler Grünen.  
Bild: Olaf Kühne

prägte. Das fragliche Areal bezeichnen die Grünen als «landwirtschaftlich besonders wertvolles Kulturland», einen «hohen landschaftlichen und ökologischen Wert» habe es hingegen nicht.

## Verzicht auf Einzonungen soll verbindlich werden

Die Grünen stünden dem Vorhaben Wil West deshalb «grundsätzlich positiv» gegenüber, weil es erlaube, Gewerbeflächen konzentriert an einem zudem verkehrsgünstigen Ort zu bündeln. Indes stört sich die Partei daran, dass der damit einhergehende Verzicht auf Neueinzonungen in den beteiligten Re-

gio-Wil-Gemeinden lediglich in einer «rechtlich unverbindlichen Absichtserklärung» artikuliert wurde.

Just hier knüpft der Forderungskatalog an. «Der Einzonungsverzicht ist in rechtsverbindlicher Form zu regeln, sodass er durch die Umweltverbände gerichtlich durchgesetzt werden kann, falls sich die Planungsbehörden darüber hinwegsetzen», steht im Papier. «Überdies sind die Neueinzonungen in Wil West zumindest teilweise durch Auszonungen an anderen Standorten zu kompensieren. Auch dies ist verbindlich zu gewährleisten.»

Angesprochen darauf, wie man denn erreichen will, dass in der Regio Wil letztlich ein Stadtparlament und 22 Gemeindeversammlungen einen Einzonungsverzicht absegnen, zumal in einem wohl ambitionierten Zeitplan, bleiben die vier Protagonisten vage, deuten aber immerhin auch an, dass die Thurgauer Regierung dieses Problem schon lange hätte an die Hand nehmen können. Zumal der Baubeginn einst auf 2025 geplant war, der Bund nun aber, damit weiterhin Bundesgelder fließen, immerhin eine dreijährige Fristerstreckung gewährt hat. Allerdings dürfte auch der Landverkauf erst 2025 in die

beiden Kantonsparlamente kommen. Und es ist kaum anzunehmen, dass sich eine Gemeinde schon vorher von sich aus bewegt in dieser Frage.

Nationalrat Kurt Egger sagte immerhin: «Wir müssen eine Auslegeordnung machen, wo es Standorte für Auszonungen gibt.» Und natürlich müsse man dann auch über entsprechende Entschädigungszahlungen reden.

Weiter fordern die Grünen, dass Wil West sich primär an den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft orientieren soll, weniger an Neuansiedlungen. Dies diene vor allem Unternehmen in der Region, die Wachs-

tumsbedürfnisse haben, indes in ihren Gemeinden schon jetzt kaum noch Bauland finden. Würden solche Firmen nach Wil West übersiedeln, würden in den Gemeinden «Innenentwicklungspotenziale für hochwertigere Nutzungen freigelegt», sind die Grünen überzeugt. Deshalb sollen in Wil West denn auch Gewerbe- und Industriebetriebe stehen, die sich «nicht sinnvoll in den bestehenden Siedlungsraum integrieren lassen».

Unzufrieden sind die Grünen nicht zuletzt auch mit der geplanten Verkehrserschliessung von Wil West. Deren Kernstück, eine neue Autobahnausfahrt, stellen sie zwar nicht infrage. Aber diese Ausfahrt solle der Erschliessung des Areals insbesondere für den gewerblichen Schwerverkehr dienen. Wichtig sei, dass dadurch für die umliegenden Gemeinden kein erheblicher Mehrverkehr entstehe, wie Kantonsrätin Reinhart ausführt.

## Parkplätze für maximal ein Drittel der Arbeitsplätze

Damit einher geht die Forderung, dass dereinst für höchstens ein Drittel der Wil-West-Arbeitsplätze Parkplätze gebaut werden dürfen, was wiederum ein weiteres Anliegen zur Folge hat: «Eine vollwertige ÖV-Erschliessung muss bereits bei Fertigstellung der ersten Gebäude vorhanden sein.»

Am Mittwoch stellten Egger, Reinhart, Koller und Sarbach klar, wie ihr Positionspapier gemeint ist: Wenn sie ihre Forderungen erfüllt sehen, stellen sie sich hinter Wil West. «In der bisher geplanten Form erfüllt Wil West die Anforderungen an ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Projekt nicht», ist man sich einig.